

### Der Aceh-Konflikt und seine Auswirkungen auf die Stabilität Indonesiens und Südostasiens

Heiduk, Felix

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heiduk, F. (2004). *Der Aceh-Konflikt und seine Auswirkungen auf die Stabilität Indonesiens und Südostasiens*. (SWP-Studie, 5/2004). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-262202>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Felix Heiduk*

## Der Aceh-Konflikt und seine Auswirkungen auf die Stabilität Indonesiens und Südostasiens

S 5  
Februar 2004  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2004

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Problemstellung und Schlußfolgerungen</b>      | <b>5</b>  |
| <b>Einleitung</b>                                 | <b>7</b>  |
| <b>Aceh: Alter Konflikt im neuen Indonesien</b>   | <b>9</b>  |
| <b>Die Akteure</b>                                | <b>11</b> |
| Die GAM   | 11        |
| Das Militär                                       | 13        |
| <b>Aceh und die Stabilität Indonesiens</b>        | <b>16</b> |
| <b>Aceh und die Stabilität Südostasiens</b>       | <b>19</b> |
| <b>Territoriale Integrität versus Demokratie?</b> | <b>21</b> |
| <b>Anhang</b>                                     | <b>23</b> |
| Karten  | 24        |
| Abkürzungen                                       | 24        |

Felix Heiduk promoviert am Otto Suhr-Institut der Freien Universität Berlin zum Thema »Entstaatlichung von Gewalt und Privatisierung von Sicherheit in Indonesien«.

## **Der Aceh-Konflikt und seine Auswirkungen auf die Stabilität Indonesiens und Südostasiens**

Seit der Asienkrise und dem Ende des Suharto-Regimes 1998 befindet sich der indonesische Staat in einer Übergangsphase. Dieser Transitionsprozeß wird begleitet von einem (Wieder-)Aufblühen bewaffneter Konflikte in vielen Teilen des Landes. Sowohl die Sezessionskonflikte in Aceh und Papua als auch Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Sulawesi, Kalimantan oder auf den Molukken gefährden in zunehmendem Maße die Stabilität des Landes sowie der gesamten Region. Der Sezessionskonflikt in Aceh gilt derzeit als die größte Herausforderung für staatliche Souveränität und Integrität Indonesiens.

Indonesien ist das Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung. Der indonesische Archipel erstreckt sich vom Indischen bis in den Pazifischen Ozean und liegt quer zu einigen der meistbefahrenen Schifffahrtswege. Jakarta galt traditionell als »interner Förderator« der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten, einem der wenigen Ansätze für regionale Integration im pazifischen Asien. Auch in der weiteren südostasiatischen Region gibt es Sezessionsbestrebungen, die sich seit der ostasiatischen Krise von 1997/98 und insbesondere seit dem 11. September 2001 verschärft und mit nichtmilitärischen Risiken überlagert haben. Eine gewaltsame Loslösung Acehs von Jakarta könnte somit eine Kettenreaktion auslösen.

Der seit den fünfziger Jahren in der indonesischen Provinz Aceh im Norden von Sumatra geführte Unabhängigkeitskampf wurde von Präsident Ahmad Suharto (1966–1998) mit Waffengewalt unterdrückt. Bemühungen um eine politische Lösung scheiterten nach Suhartos Sturz sowohl an der Unwilligkeit der Unabhängigkeitsbewegung, ihre Forderung im Tausch gegen ein Autonomiestatut aufzugeben, als auch an einer Eskalationsstrategie des indonesischen Militärs mit dem Ziel, seine mit fortschreitender Demokratisierung erodierende politische Machtposition wiederherzustellen. Aus nationaler wie internationaler Perspektive wären sowohl eine gewaltsame Sezession der Provinz als auch die Fortdauer eines ungelösten bewaffneten Konflikts innerhalb Indonesiens schwere Rückschläge für die Demokratisierung des Landes. Das letztgenannte Szenario wird vor allem von seit den neunziger Jahren aktiven privaten Gewaltakteuren

begünstigt, die aus wirtschaftlichen Gründen an einer Fortdauer des Konflikts interessiert sind. Neben der acehnesischen Unabhängigkeitsbewegung und der indonesischen Armee operieren vermehrt Milizen, private Sicherheitskräfte und paramilitärische Gruppen in der Konfliktregion.

Untersucht werden die Genese des Aceh-Konflikts, das Scheitern der Verhandlungen in den Jahren 2000 und 2003 sowie die Auswirkungen auf die Stabilität Indonesiens und der südostasiatischen Region. Es ergeben sich vier Schlußfolgerungen:

1. Der Konflikt um Aceh kann trotz der waffentechnischen und personellen Überlegenheit der indonesischen Sicherheitskräfte militärisch nicht gelöst werden. Die Unterstützung der lokalen Bevölkerung für die Unabhängigkeitsbewegung ist in dem Maße gewachsen, in dem das Militär den Konflikt zu Zwecken des innenpolitischen Machterhalts instrumentalisiert hat. Die Zivilgesellschaft wurde im gleichen Maße marginalisiert.
2. Zwar hätte die Unabhängigkeitsbewegung ihrerseits ein Autonomiestatut allenfalls als Vorstufe für ein Referendum über Eigenstaatlichkeit akzeptiert. Ein solches Statut hätte jedoch die Mehrheit der Acehnesen bei adäquater Ausstattung und Implementierung durch die indonesische Zentralregierung für den Erhalt des Gesamtstaats gewinnen können. Insofern ist das heutige Dilemma ein Reflex auf wachsende Reformunfähigkeit in Jakarta.
3. Die indonesische Politik ist seit 1998 durch Pluralisierung und Neustrukturierung des politischen Systems komplizierter geworden. Eine Rückkehr zum Autoritarismus der Suharto-Ära würde allerdings mehr Probleme schaffen als lösen. Auch wenn eine Loslösung Acehs heute noch mit militärischen Mitteln zu verhindern wäre, würde dies ein immer repressiveres Vorgehen erfordern und damit immer entschiedeneren Widerstand erzeugen. Gleichzeitig bleibt eine beiderseitige »Ermüdung« unwahrscheinlich, solange die Regierung in Jakarta ihre eigene Legitimierung mangels anderer Erfolge zunehmend nur noch aus der Wahrung der territorialen Integrität des Landes bezieht.
4. Demokratisierung dient letztlich der Stabilisierung Indonesiens und damit der – bislang nur marginal betroffenen – Gesamtregion. Westliche Geber sollten Jakartas andauernde Abhängigkeit nutzen, um eine Rückkehr des indonesischen Militärs in die Politik zu verhindern. Was Aceh angeht, gibt es eine Chance, daß sich das Zeitfenster für einen (und sei es nur temporären) Kompromiß noch nicht

völlig geschlossen hat. Grundlagen wären die kompetente Umsetzung einer umfassenden Autonomieregelung, der sozioökonomische Wiederaufbau der Provinz, eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und eine generelle Politik der Aussöhnung zwischen Aceh und Jakarta. Voraussetzung für die Akzeptanz eines derartigen Kompromisses durch die acehneseische Bevölkerung ist allerdings eine Einstellung der Kampfhandlungen. Deutschland und Europa sollten eine solche Lösung mit Mitteln der Diplomatie sowie notfalls auch durch wirtschaftlichen Druck fördern.

# Einleitung

»Wer nach Aceh geschickt wird, kommt entweder tot oder sehr, sehr reich nach Hause.«  
*Redensart in der indonesischen Armee*

Der Widerstand in Aceh hat eine lange Geschichte. Seit dem 13. Jahrhundert war das Territorium ein unabhängiges Sultanat, das als Einfallstor des Islams in den indonesischen Archipel galt. Aceh blieb bis zum Ende des 19. Jahrhunderts unabhängig und konnte erst nach einem mehrjährigen Krieg, der etwa 10 000 holländischen Soldaten das Leben kostete, in die Kolonie Niederländisch-Ostindien integriert werden. Während des Unabhängigkeitskampfes unterstützten die politischen Eliten Acehs 1949 die indonesische Nationalbewegung unter Sukarno. Sie erhofften sich hiervon ein hohes Maß an Autonomie innerhalb einer islamisch geprägten Republik Indonesien.

Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Nach dem Sieg über die Niederlande wurde die politische und wirtschaftliche Macht auf Java konzentriert, und lokale Eliten sahen sich weitgehend entmachtet. Die neue Verfassung war säkular ausgerichtet und verzichtete auf den Islam als religiöses Fundament. Bereits in den fünfziger Jahren kam es daher in Aceh zu Unruhen.<sup>1</sup> Im Gegensatz zum Rest Indonesiens wird in Aceh eine strengere Variante des sunnitischen Islams praktiziert, weshalb viele Acehnesen die säkulare Ausrichtung des Zentralstaats und die synkretistische Variante seines Islams für verfälscht bzw. »unislamisch« halten. Anfang der sechziger Jahre versuchte die Regierung in Jakarta, diese Spannungen mit der Gewährung eines Sonderstatus zu entschärfen, mit dem der Provinz bei Religionsausübung, lokaler Gesetzgebung und Bildungswesen gewisse autonome Rechte eingeräumt wurden.

In den siebziger Jahren begann Indonesien vor dem Hintergrund der eigenen Industrialisierung damit, in Aceh Erdöl- und Erdgasvorkommen auszubeuten. Die bis dahin wirtschaftlich eher unbedeutende Provinz wurde binnen eines Jahrzehnts zum Motor der gesamtstaatlichen Entwicklung. Zentrum der Rohstoffgewinnung waren Konzessionen des Energiemultis Exxon-Mobil im Norden Acehs, die im Auftrag des staatlichen

Erdölkonzerns Pertamina betrieben wurden. Profite wurden nach Jakarta abgeführt, aber nur etwa fünf Prozent der Erträge flossen nach Aceh zurück.<sup>2</sup> Diese Benachteiligung schürte den acehnesischen Widerstand erneut.

Erschwerend kam hinzu, daß im Zuge der Industrialisierung zahlreiche Acehnesen enteignet und von ihrem Grundbesitz vertrieben wurden. Industriearbeiter wurden hauptsächlich in anderen Provinzen rekrutiert. Umweltverschmutzung und die Zerstörung natürlicher Lebensräume brachten viele Bewohner der Provinz gegen Präsident Suharto auf.

1976 entstand die Bewegung für ein Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM), die anfangs vornehmlich durch Propagandaaktionen auf sich aufmerksam machte. Sie forderte einen unabhängigen Staat, die Einführung des islamischen Rechts (Shariah) und Wiedergutmachung für erfahrene Unterdrückung. Die Bevölkerungsmehrheit war solchen Aktionen gegenüber zunächst kritisch bzw. desinteressiert eingestellt. Trotzdem reagierte die indonesische Zentralregierung mit militärischer Gewalt.

Mitte der achtziger Jahre konnte die GAM ihre Aktivitäten dank libyscher Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen, die dem Export des libyschen Revolutionsmodells unter Gaddafi dienen sollten, ausweiten und machte nun zunehmend durch Anschläge auf indonesische Polizei- und Militäreinheiten auf sich aufmerksam. Jakarta reagierte mit einer Aberkennung der Autonomierechte und erklärte die Provinz 1989 zum militärischen Operationsgebiet (Daerah Operasi Militer, DOM), ein Status, der bis 1998 beibehalten wurde. Damit erhielt die Armee bei der Verfolgung der Guerilla freie Hand. Diese wurde zwar operativ geschwächt, fand aber angesichts der Brutalität des Vorgehens der Sicherheitskräfte zunehmend Unterstützung in der Bevölkerung.<sup>3</sup> Die militärische Taktik schloß Vertreibung, Entführung, Folter und Vergewaltigungen ein. Allein zwischen 1989 und 1991 ermor-

<sup>1</sup> Vgl. Andreas *Ufen*, Herrschaftskonfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 1965–2000, Hamburg 2002 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde), S. 40ff; Christoph *Schuck*, Islam und Demokratie in Indonesien, in: Welttrends (Potsdam), 10 (2002) 4, S. 107–119.

<sup>2</sup> Vgl. Sylvia *Tiwon*, From Heroes to Rebels, in: Inside Indonesia (Melbourne), (April–Juni 2000) 62, <[www.insideindonesia.org](http://www.insideindonesia.org)>.

<sup>3</sup> Menschenrechtsverletzungen waren hauptsächlich von Spezialeinheiten zu verantworten, die 1998 abgezogen wurden. Vgl. Priyambudi *Sulistiyanto*, Whither Aceh?, in: Third World Quarterly, 22 (2001) 3, S. 437–452 (441).



deten Soldaten und Polizisten etwa 2000 (von 4,2 Millionen) Acehnesen, zum großen Teil Zivilisten.<sup>4</sup>

Berichte über Greuelthaten des indonesischen Militärs während der DOM-Periode gelangten mit dem Sturz des Suharto-Regimes 1998 und der anschließenden Aufhebung des Ausnahmezustands in Aceh zunehmend an die Öffentlichkeit und schürten die Ressentiments der Provinzbevölkerung weiter. Zudem hielt die Übergangsregierung von Präsident Baharudin Jusuf Habibie (1998–1999) Zusagen hinsichtlich einer Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen nicht ein. Nach einigen Monaten der Entspannung verschärfte sich die Sicherheitslage in der Provinz Ende 1998 erneut.

Habibie ließ daraufhin den Truppenabzug stoppen und neue Militäroperationen durchführen. In deren Folge kam es zu mehreren Massakern an der Zivilbevölkerung. Die GAM hatte sich mittlerweile neu aufgestellt und mit Hilfe der acehnesischen Diaspora in Malaysia und Thailand neu bewaffnet.<sup>5</sup> Ab Frühjahr 1999 intensivierte sie ihre Angriffe auf Polizei und Militär erneut. Dieser Konflikt eskalierte im Sommer desselben Jahres zu einem Krieg, der bis heute mehr als 12 000 Menschenleben gefordert und allein 1999 etwa 100 000 Binnenflüchtlinge produziert hat.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Vgl. Tim *Huxley*, *Disintegrating Indonesia? Implications for Regional Security*, Oxford: International Institute for Strategic Studies, 2002, S. 36.

<sup>5</sup> Vgl. Rizal *Sukma*, *The Acehnese Rebellion: Secessionist Movement in Post-Suharto Indonesia*, in: Andrew T. H. *Tan*/J. D. Kenneth *Boutin* (Hg.), *Non-Traditional Security Issues in Southeast Asia*, Singapur: Institute of Defence and Strategic Studies, 2002, S. 377–409 (396).

<sup>6</sup> Vgl. *Huxley*, *Disintegrating Indonesia?* [wie Fn. 4], S. 36.

## Aceh: Alter Konflikt im neuen Indonesien

Während in Aceh die Gewalt erneut eskalierte, schufen die Demokratisierung Indonesiens und die Entstehung einer indonesischen politischen Öffentlichkeit Raum für die bis dato unterdrückte Zivilgesellschaft in Aceh. Ermutigt von der erfolgreichen Sezession Osttimors im September 1999, verlangten ihre Vertreter die Abhaltung eines Referendums über die Zukunft der Provinz. Diese Forderung wurde von der lokalen Bevölkerung mehrheitlich aufgegriffen, die sie in weiten Teilen als politische Alternative zum militärischen Kampf der GAM verstand.<sup>7</sup> Im Sommer 1999 kam es in der Provinzhauptstadt Banda Aceh wiederholt zu Demonstrationen, bei denen jeweils Hunderttausende eine Volksabstimmung verlangten. Das indonesische Militär reagierte mit zunehmender Unterdrückung, bis sich die Lage mit dem Amtsantritt von Präsident Abdurrahman Wahid (1999–2001) etwas entspannte.

Wahid befürwortete eine politische Lösung und Verhandlungen mit der GAM, eine Politik, die von den Streitkräften nach kurzer Zeit unterlaufen wurde. Während Regierungsvertreter im Januar 2000 in Genf erste Verhandlungen mit der Guerilla aufnahmen, ging das Militär vor Ort wieder zunehmend zu Repression über. Angesichts solcher Verhältnisse wurde ein im Mai vereinbarter Waffenstillstand umgehend zur Makulatur. Zudem waren die Parteien von ihren Grundsatzpositionen nicht abgewichen. Die GAM lehnte ein Autonomiestatut ab und verlangte ein von unabhängigen Beobachtern überwachttes Unabhängigkeits-Referendum. Darauf mochte sich Jakarta nach den Erfahrungen in Osttimor nicht einlassen. Die Kampfhandlungen gingen folglich weiter, polarisierten die acehneseische Gesellschaft und zwangen die Zivilbevölkerung vor Ort, Partei zu ergreifen. Ende 2000 verfügte die GAM über etwa 2000 bewaffnete Kämpfer. Sie hatte in den meisten Gebieten außerhalb der Provinzhauptstadt die Zivilverwaltung übernommen, zog Steuern ein und baute Schulen.<sup>8</sup>

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt im Juli 2001 ließ Wahids Nachfolgerin Megawati Sukarnoputri ein Gesetz verabschieden, das Aceh eine »Sonderautono-

mie« zugestand. Zu den Kernpunkten gehörten der Zugriff auf drei Viertel der Erträge aus der Förderung von Erdgas und Erdöl, die freie Wahl der bisher von Jakarta ernannten Provinzregierung und die Einführung der Shariah. Unerwähnt blieben die Aufarbeitung der Menschenrechtsverstöße, die Entschädigung der Opfer und eine Einbindung der GAM in das politische Leben Acehs.

Die Implementierung des Autonomiestatuts blieb auf städtische Zentren beschränkt, da die GAM weiterhin die ländlichen Gebiete kontrollierte und dort eine Umsetzung verhinderte. Zudem ging die internationale Aufmerksamkeit vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington zurück. Insbesondere seit den Anschlägen des regionalen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah (JI) in Bali im Oktober 2002 versuchte Jakarta, die Unabhängigkeitsbewegung in die Nähe des Terrorismus zu rücken und den Konflikt in Aceh zum Anti-Terrorkampf umzudefinieren.<sup>9</sup> Angesichts anhaltender Sicherheitsprobleme unterbrach Exxon-Mobil die Rohstoffförderung in Aceh, was zu einem monatlichen Ertragsausfall von 100 Millionen US-Dollar führte. Die Regierung entsandte daraufhin zusätzliche Truppen zum Schutz der Förderstätten, und die Streitkräfte begannen mit dem Aufbau lokaler paramilitärischer Einheiten.<sup>10</sup> Aus der Defensive heraus akzeptierte die GAM Anfang 2002 das Autonomieangebot als Ausgangspunkt für Verhandlungen über einen Waffenstillstand und die Einleitung vertrauensbildender Maßnahmen.

Am 9. Dezember 2002 unterzeichneten Vertreter der Guerilla und der indonesischen Regierung im Henri Dunant-Center<sup>11</sup> in Genf ein Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten, das auf Vermittlung der ehemaligen Außenminister Jugoslawiens und Thailands, Budimir Loncar und Surin Pitsuwan, sowie des Nahostbeauftragten der Bush-Administration,

<sup>9</sup> Trotzdem hat die Regierung bisher darauf verzichtet, die GAM offiziell als terroristische Bewegung auszuweisen.

<sup>10</sup> Vgl. *Huxley*, Disintegrating Indonesia [wie Fn. 4], S. 40.

<sup>11</sup> Das Henri-Dunant Center for Humanitarian Dialogue in Genf ist eine schweizerische Nichtregierungsorganisation, die sich primär mit den Politikfeldern Konfliktlösung und humanitärer Dialog beschäftigt; <<http://www.hdcentre.org>>.

<sup>7</sup> Vgl. *Sulistiyanto*, Whither Aceh? [wie Fn. 3], S. 447.

<sup>8</sup> Vgl. *Huxley*, Disintegrating Indonesia [wie Fn. 4], S. 38.

Anthony Zinni, zustande kam, die auf Initiative der USA tätig geworden waren. Das Abkommen stellte weniger einen Friedensvertrag dar als eine Rahmenvereinbarung über den Waffenstillstand. Vorausgegangen waren Drohungen des Militärs, die GAM im Verweigerungsfall »auszulöschen«, sowie eine internationale Geberkonferenz in Tokyo. Letztere hatte bei einem positiven Verhandlungsergebnis Wiederaufbauhilfen und eine internationale Unterstützung des Friedensprozesses zugesagt.

Die Vereinbarung sah unter anderem vor: sofortige Einstellung der Kampfhandlungen; Einsetzung eines Gemeinsamen Sicherheitskomitees, zu gleichen Teilen bestehend aus Vertretern der GAM, der indonesischen Regierung und internationalen Beobachtern zur Überwachung der Umsetzung; Abgabe der Waffen der GAM in von unabhängigen Beobachtern überwachten »Friedenszonen«; Einrichtung entmilitarisierter Zonen; Überführung der sogenannten »mobilen Polizeikräfte« (Brimob), denen mittlerweile der Großteil der Menschenrechtsverletzungen angelastet wurde, in »normale« Polizeieinheiten; phasenweiser Rückzug der Streitkräfte unter einem neuen, defensiven Mandat. Mit erfolgter Implementierung sollte die Zivilverwaltung der Provinz 2004 nach Maßgabe des Autonomiestatuts demokratisch gewählt werden.<sup>12</sup> In den Gesamtprozeß wurden erstmals auch zivilgesellschaftliche Gruppen einbezogen, die sich allerdings im Verlauf der Verhandlungen marginalisiert sahen.<sup>13</sup>

Wenn die Spannungen in Aceh ab Frühjahr 2003 wieder zunahmen, war dies vornehmlich auf Defizite des Abkommens zurückzuführen. So war nicht eindeutig festgelegt, ob die Niederlegung der Waffen durch die GAM Vorrang vor dem vollständigen Abzug indonesischer Truppen, inklusive der Spezialeinheiten der indonesischen Polizei, haben sollte. Dieser Mangel an Präzision führte zu einer schleppenden Entwaffnung, die von der indonesischen Seite als Vertragsbruch gewertet wurde.

Gleichzeitig waren beide Seiten versucht, die Vereinbarungen aufgrund gegensätzlicher, politischer und ökonomischer Eigeninteressen zu unterlaufen. Während der anhaltende Konflikt die innenpolitische Stellung des indonesischen Militärs als selbsternannter Wahrer der nationalen Einheit stärkte (s. unten),

<sup>12</sup> Vgl. Agreement on the Cessation of Hostilities in Aceh, Genf: Henri Dunant-Center, 9.10.2003, <[www.hdcentre.org/Programmes/aceh/aceh%20COH.htm](http://www.hdcentre.org/Programmes/aceh/aceh%20COH.htm)>.

<sup>13</sup> Vgl. *Kautsar*, How to Make Peace – Civilians Demand a Part in Aceh's Peace Process, in: Inside Indonesia (Melbourne), (April–Juni 2003) 74, S. 27–28.

profitierten Sicherheitskräfte und Guerilla durch Schmuggel, illegale Steuererhebung und Gebühreneintreibung, sowie Drogen- und Waffenhandel von der entstandenen Bürgerkriegsökonomie.

Ungeachtet dessen überlebte der Friedensprozeß bis zum März 2003. Im April griffen wiederholt pro-indonesische Demonstranten das Gebäude des Gemeinsamen Sicherheitskomitees in der Provinzhauptstadt Banda Aceh an, hinter denen anscheinend pro-indonesische Milizen standen.<sup>14</sup> Offensichtlich befürchteten die Streitkräfte angesichts der Anwesenheit internationaler Beobachter Machteinbußen. Letztere verließen die Provinz wenig später. Im Mai wurde die Truppenpräsenz aufgrund von Berichten über neue Rekrutierungen und Waffenkäufe durch die GAM<sup>15</sup> wieder verstärkt. Die beiden Parteien bezichtigten sich gegenseitig des Vertragsbruchs.<sup>16</sup>

Am 20. Mai 2003 verhängte Präsidentin Megawati das Kriegsrecht über die Provinz, nachdem die GAM ein Ultimatum hatte verstreichen lassen, mit dem sie zu einem Verzicht auf die Unabhängigkeit und einer zügigen Entwaffnung gezwungen werden sollte. Seither haben in Aceh etwa 30 000 Soldaten und 10 000 Polizisten Weisung, jene 2000 Guerillas »auszurotten«, die sich in Bergregionen im Landesinneren zurückgezogen haben.<sup>17</sup> Die Operationen haben bisher zur Vertreibung von mehreren tausend Zivilisten geführt.<sup>18</sup> Nach Angaben des Militärs kamen Hunderte ums Leben. Gleichzeitig genießt die Offensive in der indonesischen Öffentlichkeit breite Unterstützung.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Kirsten E. *Schulze*, Forcing the Issue, in: The World Today, 59 (2003) 6, S. 24–25 (25); Frankfurter Rundschau, 27.9.2003, S. M4–5.

<sup>15</sup> Vgl. Far Eastern Economic Review, 30.1.2003, S. 16.

<sup>16</sup> Vgl. Südostasien aktuell (Hamburg, Institut für Asienkunde), 22 (2003) 5, S. 217f.

<sup>17</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.2003, S. 10.

<sup>18</sup> Die diesbezügliche Quellenlage ist seit Mai 2003 extrem widersprüchlich. So bezifferte Human Rights Watch die Zahl der Binnenflüchtlinge im Juli 2003 auf 49 000, der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen auf 150 000. Genauere Erhebungen scheitern an der Ausweisung aller Nicht-regierungsorganisationen und UN-Hilfsorganisationen aus Aceh. Die Tätigkeit von Journalisten vor Ort wird stark behindert.

<sup>19</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 27.9.2003, S. M4–5.

# Die Akteure

## Die GAM

Die Geschichte der GAM (auch bekannt als Aceh Sumatra National Liberation Front, ASNLF) seit ihrer Gründung durch Hassan di Tiro 1976 ist grob in vier Phasen zu unterteilen.<sup>20</sup> Die Gründungsphase (1976–1982) war weniger durch militärische Aktionen gekennzeichnet als durch Bemühungen um die Wiedererweckung bzw. Konstruktion einer acehnischen Identität und eines acehnischen Nationalismus. Ende der siebziger Jahre gingen zahlreiche Anführer der Organisation angesichts einer ersten Offensive des indonesischen Militärs ins malaysische oder schwedische Exil. Seit 1979 koordiniert Hassan di Tiro die Aktionen von seiner Wohnung in einem Stockholmer Vorort aus.

Phase zwei (1982–1988) war von der Suche nach externen Verbündeten für den acehnischen »Freiheitskampf« geprägt, um die desolate materielle und finanzielle Situation der GAM zu beheben. Zum wichtigsten Förderer wurde Libyen, das in den achtziger Jahren mehrere hundert Kämpfer ausbildete. Finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen kamen zu dieser Zeit bereits aus Malaysia, wo mit der GAM sympathisierende Exil-Acehnesen auch die Fluchthilfe für verfolgte Guerillas organisierten. Während dieser Phase konnten sowohl in Aceh selbst als auch in Malaysia neue Kämpfer angeworben werden.

In der dritten Phase (1988–1998) war die GAM waffentechnisch und personalmäßig soweit gestärkt, daß sie Überfälle auf Polizeiposten und kleinere Armeestützpunkte durchführen konnte. Massive Militäroperationen im Rahmen des Ausnahmezustands brachten die Guerilla jedoch schon bald an den Rand einer militärischen Niederlage.

Mit dem Ende des Suharto-Regimes und der Aufhebung des Ausnahmezustands begann Phase vier, die 1998 und 1999 von einer Konsolidierung der GAM geprägt war. Zahlreiche Exil-Acehnesen kehrten aus Malaysia zurück, um den bewaffneten Kampf fort-

zusetzen. Gleichzeitig kam es erstmals zu Verhandlungen über eine politische Lösung, deren Scheitern die Regierung Megawati im Mai 2003 dazu veranlaßte, die »Auslöschung« der Guerilla anzuordnen.

Das Hauptziel der GAM besteht in der Errichtung eines unabhängigen Staates Aceh. Dieses Ziel wurde auch nach der Verabschiedung des Autonomiestatuts nicht aufgegeben, wenngleich Ideologie und Rhetorik seit Gründung der Organisation mehrfach Veränderungen erfahren haben. Kernelemente bleiben der acehnische Nationalismus und der nationale Befreiungskampf in Abgrenzung vom indonesischen Einheitsstaat. Darüber hinaus spielt der Islam eine wichtige Rolle, allerdings nicht im Sinne eines politischen Programms, etwa der Ausrufung eines Gottesstaates, sondern als Mobilisierungsfaktor und Mittel sozialer Kontrolle.<sup>21</sup> Abgesehen davon wird das unabhängige Aceh als demokratisch und säkular konzipiert. Lediglich das Rechtswesen soll sich an den Grundsätzen der Shariah orientieren.<sup>22</sup>

Auf lokaler Ebene finanziert sich die GAM primär über ein eigenes Steuer- und Abgabensystem. Die dörflichen Verwaltungen bestehen zum großen Teil aus Sympathisanten, weshalb jedenfalls bis Mai 2003 20 Prozent aller von der Zentralregierung für ländliche Infrastrukturmaßnahmen ausgewiesenen Zuschüsse in die Hände der Guerilla gerieten.<sup>23</sup> Zweitens erhebt die GAM eine 18prozentige Steuer auf alle lokalen Geschäftstransaktionen. Darüber hinaus verschaffte sie sich insbesondere in den Jahren 2000 bis 2002 mit Hilfe sympathisierender Nichtregierungsorganisationen Zugriff auf Gelder für humanitäre Hilfsprojekte. Schließlich bezieht sie Einkünfte aus Entführungen und Erpressungen sowie dem Anbau und Schmuggel von Drogen.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Ebd., S. 250.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu die sogenannte Stavanger Declaration, veröffentlicht vom GAM-Exekutivkomitee in Stavanger, Norwegen, 21.7.2003, <[http://www.asnlf.net/asnlf\\_int/frame\\_ges\\_int/frame\\_le\\_int/politics/stavanger\\_declaration/stavanger\\_declaration.htm](http://www.asnlf.net/asnlf_int/frame_ges_int/frame_le_int/politics/stavanger_declaration/stavanger_declaration.htm)>.

<sup>23</sup> Vgl. *Schulze*, The Struggle for an Independent Aceh [wie Fn. 20], S. 257.

<sup>24</sup> Vgl. Aceh: Why The Military Option Still Won't Work, Brüssel/Jakarta: International Crisis Group, 9.5.2003, S. 8.

<sup>20</sup> Vgl. Kirsten E. *Schulze*, The Struggle for an Independent Aceh: The Ideology, Capacity, and Strategy of GAM, in: Studies in Conflict and Terrorism (Philadelphia), 26 (2003) 4, S. 241–271.

Externe Zuwendungen kommen primär von der malaysischen Diaspora. Mit Spenden von Exil-Acehnese<sup>25</sup> werden insbesondere Waffenkäufe finanziert und organisiert. Ein Großteil der Waffen wird auf dem kambodschanischen Schwarzmarkt erworben und über das südliche Thailand und Malaysia nach Aceh geschmuggelt. Hierbei wird die GAM logistisch von der Patani United Liberation Organisation (PULO) unterstützt, die im Süden Thailands für einen unabhängigen, islamischen Staat kämpft.<sup>26</sup>

Über die Anzahl der GAM-Guerillas gibt es unterschiedliche Angaben. Sie variieren zwischen 400–1000 Personen (so der indonesische Geheimdienst) und 30 000 (so die GAM selbst). Unabhängige Beobachter sprechen von maximal 2000 bewaffneten Kämpfern und einer großen Zahl Unterstützer in der Bevölkerung.<sup>27</sup> Mit Beginn der Militäroffensive wurde diese Zahl von der Regierung jedoch auf aktuell 5000 bewaffnete GAM-Kämpfer nach oben korrigiert.<sup>28</sup>

Die Bewegung für ein Freies Aceh ist mit Pistolen, Gewehren und leichten Schnellfeuerwaffen ausgerüstet. Hinzu kommen Landminen, selbstgebaute Sprengsätze und einige wenige Maschinengewehre und Granatwerfer. Soweit nicht importiert, werden diese Waffen vom indonesischen Militär erbeutet bzw. gekauft.<sup>29</sup> Ihre militärische Unterlegenheit kompensiert die GAM zunehmend durch ein engmaschiges Informantennetz.

Die Führung der Organisation hat ihren Sitz seit 1979 in Schweden. Vor Ort ist die Guerilla in Infanterie- und »Polizeieinheiten«, Nachrichtenbataillone und eine Elitekampftruppe strukturiert. Diverse zivilgesellschaftliche Organisationen sind angegliedert. Letztere akquirieren Gelder, organisieren die politische Propaganda und betreiben Flüchtlingslager. Das schwedische Exil beansprucht weiterhin eine umfassende militärische und politische Befehlsgewalt. Während der Waffenstillstandsverhandlungen der Jahre 2000 und 2002 wurde deutlich, daß es innerhalb der GAM zu widerstreitenden Interessenlagen und Fraktions-

bildung gekommen war. Die wichtigste unabhängige Fraktion nennt sich GAM-Regierungsrat (Majlis Pemerintahan [MP]-GAM) und wird von malaysischen und europäischen Exilanten angeführt. Sie konkurriert mit der Stockholmer Führung um Hassan di Tiro und mißt dem politischen Islam grundsätzlich größere Bedeutung zu.<sup>30</sup>

Darüber hinaus gibt es mehrere Splittergruppen, die außerhalb der GAM in Aceh operieren. Die größte Gruppierung trägt den Namen Islamische Mujaheddin-Front Acehs (Front Mujahidin Islam Aceh, FMIA) und strebt die Errichtung eines Gottesstaates in Aceh an.<sup>31</sup> Die FMIA geriet nach dem 11. September 2001 ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, als ihr die singapurische Regierung Kontakte zum Terrornetzwerk al-Qaida unterstellte.<sup>32</sup>

Für die GAM-Führung in Schweden sind diese und andere Dissidenten ausschließlich Kreationen des indonesischen Geheimdienstes. Über nennenswerten Einfluß innerhalb und außerhalb Acehs verfügt bisher ausschließlich die GAM. Die Dissidenten sind allerdings durchaus in der Lage, mit der Regierung abgeschlossene Vereinbarungen zu sabotieren.

Bis zum Ende der DOM-Periode (s. oben) operierte die GAM mit einer »hit and run«-Guerillataktik, die sich gegen Polizeiposten, Kasernen und Fabriken richtete. Ab 1998 verübte sie zunehmend Anschläge auf Verwaltungseinrichtungen, um Aceh von Jakarta aus unregierbar zu machen. Zwischen 1998 und 2002 zerstörte sie darüber hinaus zahlreiche Schulen, um die Prägung junger Acehnese durch den indonesischen Lehrplan zu beenden.<sup>33</sup> Die meisten Schüler wurden gezwungen, auf von der GAM beeinflusste Koranschulen auszuweichen. Schließlich kam es zu Anschlägen auf Öl- und Gaspipelines, die im März 2001 zu dem erwähnten Förderstop bei Exxon-Mobil führten. Ausländische Unternehmen werden als Kollaborateure der Streitkräfte betrachtet, da sie einzelne Militäreinheiten zum Zwecke des »Werkschutzes« finanziell unterstützen.<sup>34</sup> Die Guerilla hat in letzter Zeit auch Immigranten aus Java und anderen Provin-

<sup>25</sup> Deren Zahl wird in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur auf 5000 geschätzt. Vgl. *Schulze*, *The Struggle for an Independent Aceh* [wie Fn. 20], S. 258.

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Vgl. Peter *Chalk*, *Separatism and Southeast Asia: The Islamic Factor in Southern Thailand, Mindanao, and Aceh*, in: *Studies in Conflict and Terrorism* (Philadelphia), 24 (2001) 4, S. 241–270 (255).

<sup>28</sup> Vgl. *The Jakarta Post*, 20.11.2003, <www.thejakartapost.com>.

<sup>29</sup> Vgl. *Why Military Force Won't Bring Lasting Peace*, Brüssel/Jakarta: International Crisis Group, 12.6.2001, S. 8.

<sup>30</sup> Vgl. *Schulze*, *The Struggle for an Independent Aceh* [wie Fn 20], S. 252.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Vgl. *How the Jemaah Islamiyah Terrorist Network Operates*, Brüssel/Jakarta: International Crisis Group, 11.12.2002, S. 6ff.

<sup>33</sup> Augenzeugen haben berichtet, daß diese Taktik auch von Militärs und Paramilitärs angewandt wurde. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.5.2003, S. 7.

<sup>34</sup> Vgl. *The Financial Times*, 3.1.2003, S. 12.

zen angegriffen, von denen bisher etwa 50 000 die Provinz verließen.<sup>35</sup>

In Indonesien und in der Region hat die GAM ab 1998 vermehrt Verbündete gesucht, so etwa die Organisation für ein Freies Papua (Organisasi Papua Merdeka, OPM) oder die thailändische PULO.<sup>36</sup> Gleichzeitig erhofft sie eine Internationalisierung des Konflikts angesichts der drohenden humanitären Katastrophe und der sich weiter verschärfenden Sicherheitslage.<sup>37</sup>

## Das Militär

Das indonesische Militär ist aus den Guerillaeinheiten der indonesischen Nationalbewegung hervorgegangen, die die Unabhängigkeit von den Niederlanden erzwangen. 1949 als Nationale Streitkräfte Indonesiens (Tentara Nasional Indonesia, TNI) institutionalisiert, wurden sie 1962 in Bewaffnete Streitkräfte der Republik Indonesien (Angkatan Bersenjata Republik Indonesia, ABRI) umbenannt. Zu ABRI gehörten auch paramilitärische (sogenannte *laskar*-) Einheiten und die Nationale Polizei (Polis Republik Indonesia, POLRI). Das Heer wurde territorial organisiert und erhielt aufgrund seiner Rolle im Unabhängigkeitskrieg nicht nur einen militärischen, sondern auch einen gesellschaftlichen und politischen Auftrag (die sogenannte »Doppelfunktion«, *dwifungsi*). Im eigenen Verständnis waren die Streitkräfte Hüter der staatlichen Einheit. So waren Ende der siebziger Jahre die Hälfte aller Minister, die meisten Staatssekretäre und Abteilungsleiter, zwei Drittel der Gouverneure und fast 50 Prozent aller Botschafter Militärs.<sup>38</sup> Bis Ende der achtziger Jahre war ABRI das wichtigste Instrument zur Herrschaftssicherung in Indonesien. Danach setzte ein Prozeß der Demilitarisierung ein, der durch Rivalitäten zwischen militärischen und politischen Eliten gefördert worden war.

Angesichts der Finanzkrise von 1997/98 und der damit einhergehenden Massenproteste entzogen die Streitkräfte Präsident Suharto im Mai 1998 die Unterstützung und wurden so ungewollt zum zweiten großen Verlierer im Ringen um die Macht. Unter dem Druck der Reformbewegung mußte das Militär seine starke innenpolitische Position aufgeben. Motiviert von den Berichten über Menschenrechtsverletzungen in Osttimor, Aceh und Papua, forderte die Demokratiebewegung eine Militärreform und die Durchsetzung eines zivilpolitischen Primats. Die – wieder in TNI umbenannte – ABRI sollten sich künftig auf die Landesverteidigung beschränken und verloren die Kontrolle über die Polizei.

Die Armee hat seither zugestimmt, die ihr garantierten 38 Sitze im Parlament ab 2004 aufzugeben, verfügt aber weiterhin über umfangreiche Möglichkeiten zur Beeinflussung der Politik. Als Präsidentin Megawati Sukarnoputri nach ihrer Wahl 2001 zur Verteidigung der nationalen Einheit aufrief, schlug erneut die Stunde der Offiziere. Seither genießt der Kampf gegen den Separatismus höchste Priorität und wird zunehmend dazu genutzt, eine weitere Militärreform zu unterlaufen.

Die Streitkräfte finanzieren sich mangels öffentlicher Mittel traditionell zu etwa zwei Drittel ihres Budgets selbst. Zu den Finanzquellen zählen legale und illegale Unternehmen; seit Anfang der achtziger Jahre sind die Erhebung von Zöllen und illegalen Abgaben, Schmuggel etc. hinzugekommen. Insbesondere die Unruheprovinzen Aceh und Irian Jaya (Papua) dienten dem Militär – durch illegalen Holzschlag, Drogenanbau und illegale Zollerhebung – als Einnahmequellen. Darüber hinaus wurden Waffenverkäufe an die GAM zur Aufbesserung des Budgets genutzt. Schließlich erhielten die TNI große Summen für die Sicherung der Exxon-Mobil-Förderstätten und Pipelines in Aceh.

Die indonesischen Streitkräfte sind in Anknüpfung an ihre Guerilla-Tradition vornehmlich leicht bewaffnet. Der in jüngster Zeit betriebene Aufbau moderner See- und Luftstreitkräfte ist finanziell wie politisch an Grenzen gestoßen.

Die TNI sind aufgrund ihrer territorialen Struktur eher regional als zentralistisch gegliedert und in der Post-Suharto-Ära weiter fragmentiert. Von der regionalen bis zur lokalen Ebene verstehen sich einzelne Truppenteile zunehmend auch als private Anbieter von Gewalt. Verantwortlich für diesen Trend ist die anhaltend schlechte Wirtschaftslage des Landes, die die legalen Einnahmequellen des Militärs in Frage

<sup>35</sup> Vgl. *Schulze*, The Struggle for an Independent Aceh [wie Fn 20], S. 261.

<sup>36</sup> Die PULO führt mit wechselnder Intensität einen Bürgerkrieg gegen die thailändische Zentralregierung in Bangkok. Ziel ist die Errichtung eines unabhängigen Staates auf dem Gebiet der muslimisch dominierten thailändischen Südpervenzen an der Grenze zu Malaysia.

<sup>37</sup> Spätestens seit 1999 muß allerdings auch die GAM selbst für gezielte Vertreibungen verantwortlich gemacht werden.

<sup>38</sup> Vgl. *Ufen*, Herrschaftskonfiguration und Demokratisierung [wie Fn. 1], S. 92f.

stellt. Seither ist es möglich, bei den Regionalkommandos des Heeres ganze Einheiten zu mieten. Der Zerfall der Kommandostrukturen spiegelt sich beispielsweise in dem Überfall einer Eliteeinheit auf Angestellte der Freeport-Minen in Papua, bei dem im August 2002 zwei Bürger der USA erschossen wurden. Auslöser war anscheinend ein »Tarifkonflikt« zwischen den Söldnern und ihren internationalen Auftraggebern.<sup>39</sup>

Parallel zu den TNI operieren in Aceh paramilitärische Einheiten nach dem Vorbild von Osttimor, wo entsprechende Gruppierungen 1998 und 1999 eine Terrorkampagne gegen die Zivilbevölkerung betrieben. Es gibt keine verlässlichen Angaben über die Truppenstärke der Milizen,<sup>40</sup> und das Militär hat deren Verwicklung in Massaker abgestritten.<sup>41</sup> Diese Einheiten werden primär aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert und von den Streitkräften ausgebildet und ausgerüstet.<sup>42</sup> Ihr Einsatz dient sowohl dem direkten Kampf gegen die GAM als auch der partiellen Entlastung der TNI von Vorwürfen des Verstoßes gegen Menschenrechte. Ihre Ausrüstung besteht zumeist aus Macheten, Speeren und Handfeuerwaffen. Milizen sind auch in Aceh mit Mord, Vergewaltigung, Brandanschlägen etc. in Erscheinung getreten, die der Einschüchterung der Zivilbevölkerung dienen sollen.<sup>43</sup>

Die anhaltende Militarisierung des Konflikts geht auf Kosten der acehnesischen Zivilgesellschaft. Diese setzt sich seit Ende der neunziger Jahre vornehmlich

aus Studentenorganisationen, Menschenrechts- und Frauengruppen zusammen. Dutzende kleiner NGOs wurden in Aceh seit dem Ende der DOM-Periode gegründet. Sie betreiben zumeist lokale Projekte und beschäftigen sich unter anderem mit Menschenrechtsfragen, Frauenrechten, Umweltschutz oder der Aufarbeitung erlittenen Unrechts. In den letzten Jahren haben sich viele der kleinen NGOs untereinander vernetzt und kooperieren verstärkt mit nationalen und internationalen Organisationen und Solidaritätsgruppen. Trotz der personell wie inhaltlich heterogenen Ausrichtung der entstandenen Netzwerke gibt es einige politische Zielvorstellungen, welche die Zivilgesellschaft in Aceh einen. Das ist einmal die von großen Teilen der Bevölkerung getragene Forderung nach Abhaltung eines Referendums, zu dessen Zweck 1999 das Informationszentrum SIRA (Sentral Informasi Referendum Aceh) gegründet wurde. Das SIRA betreibt innerhalb wie außerhalb der Provinz gewaltfreie Lobbyarbeit für ein Referendum über den künftigen Status Acehs. Zum anderen fordern moderate Kräfte eine adäquate, demokratischen Standards genügende Umsetzung der Autonomieregelung sowie Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Beide Tendenzen sind in ihrem grundsätzlichen Eintreten für Unabhängigkeit eher komplementär als gegenläufig.<sup>44</sup>

Die betreffenden Organisationen genießen ein hohes Maß an Rückhalt in der Bevölkerung und Unterstützung aus den Kreisen der traditionellen, religiösen Führer Acehs.<sup>45</sup> Trotz der prinzipiellen Fähigkeit des Islams zur Mobilisierung bleibt eine religiöse Radikalisierung unwahrscheinlich. Sowohl für die GAM wie auch für die acehneseische Zivilgesellschaft ist der Islam Mittel zur sozialen Kontrolle und Mobilisierung, dominiert aber keineswegs die politischen Agenden. Radikal-islamische Strömungen sind daher auch innerhalb des zivilgesellschaftlichen Spektrums marginalisiert.

Die noch bis Mai 2003 starke Zivilgesellschaft in Aceh wurde bislang weder von indonesischer Seite noch seitens der internationalen Staatengemeinschaft in Konfliktlösungsstrategien eingebunden. Angesichts der erneuten Eskalation von Gewalt wirkt sie paralyisiert. Dieser Zustand wird anhalten, solange die TNI

39 Vgl. Henri *Myrtilien*, Alte »neue« Kriege. Die Privatisierung der Gewalt in Indonesien, in: Dario *Azzellini*/Boris *Kanzleiter* (Hg.), Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Berlin: Assoziation A, 2003, S. 129–141 (133).

40 Im November 2003 trat eine Gruppe namens Berantas mit Drohungen gegen die indonesische Menschenrechtskommission an die Öffentlichkeit, die ihre Mitgliederzahl mit 500 angab. Berantas erklärte allerdings, keine Miliztruppe zu sein. Vgl. Sydney Morning Herald, 18.11.2003, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 17.11.2003. Anfang 2004 berichtete die indonesische Presse von ca. 1500 neuen Milizionären, die sich vornehmlich aus Kreisen arbeitsloser Jugendlicher rekrutieren sollen. Einige von ihnen erklärten, mit ihrem Beitritt dem Vorwurf der Sympathie für die GAM begegnen zu wollen. Vgl. The Jakarta Post, 19.1.2004, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 19.1.2004.

41 Vgl. The Financial Times, 13.6.2003, S. 4.

42 Hinter den Bemühungen um den Aufbau von Milizen steht anscheinend der Stabschef des Heeres, Endirartono Sutarto, der bereits 1998/99 an Milizaktivitäten in Osttimor beteiligt war. Vgl. The Jakarta Post, 19.1.2004, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 19.1.2004.

43 Vgl. *Myrtilien*, Alte »neue« Kriege [wie Fn. 39], S. 134.

44 Quantitative Analysen zum Verhältnis zwischen Befürwortern der Unabhängigkeit und Befürwortern einer Autonomieregelung innerhalb der acehneseischen Gesellschaft fehlen allerdings völlig. Die hier getroffenen Einschätzungen basieren im wesentlichen auf Zeitungsartikeln, Publikationen in Fachzeitschriften und NGO-Berichten.

45 *Sukma*, The Acehnese Rebellion [wie Fn. 5], S. 390f.

der Zivilgesellschaft eine aktive Rolle im Kampf der GAM unterstellt. Tatsächlich wurde die Bevölkerung zu weiten Teilen erst durch die eskalierende Gewalt zur Parteinahme gezwungen. Moderate Kräfte haben stetig an Einfluß verloren, so daß zivilgesellschaftliche Konfliktlösungsstrategien keine nennenswerte Wirkung entfalten, solange kein lokal akzeptables Autonomiestatut umgesetzt wird.



## Aceh und die Stabilität Indonesiens

Die Lösung des Aceh-Konflikts ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der Stabilität Indonesiens, das seit dem Sturz Suhartos mit der Aufgabe konfrontiert ist, Politik, Wirtschaft und Rechtswesen gleichzeitig zu reformieren. Ein Scheitern in Aceh durch Sezession oder anhaltende Unterdrückung würde das Land auf Jahre hinaus zum Unruheherd machen.

Die Fronten in Aceh haben sich seit der Verhängung des Kriegsrechts im Mai 2003 extrem verhärtet. Während die GAM ihre Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit zu keiner Zeit aufgab, reagierte Präsidentin Megawati auf die Infragestellung der nationalen Einheit seit dem Scheitern der Genfer Verhandlungen in erster Linie militärisch. Seither sprechen Beobachter von einem politischen Comeback des Militärs.<sup>46</sup>

Entsprechende Initiativen gab es allerdings schon vor der neuerlichen Eskalation in Aceh. So erörterten mehrere hundert Offiziere im Februar 2003 Strategien für eine politische Einflußnahme auf die Regierung in Jakarta. Kurz darauf verlangte der Generalstabschef unter Verweis auf separatistische Bewegungen öffentlich die Wiederherstellung der Zuständigkeit der Streitkräfte für die innere Sicherheit. Wenig später veröffentlichte das Verteidigungsministerium ein von pensionierten Offizieren verfaßtes »Weißbuch«, in dem eine zentrale Rolle für die TNI beim Kampf gegen Separatismus, Terrorismus, Schmuggel und Piraterie gefordert wurde – Aufgaben, die eigentlich in die Zuständigkeit der Polizei fielen.<sup>47</sup> Auf dieser Grundlage entwarfen der TNI nahestehende Abgeordnete ein Gesetz über die künftige Rolle des Militärs, demzufolge die Führung der Streitkräfte im Falle einer Bedrohung der staatlichen Souveränität oder Integrität auch ohne Ermächtigung durch Präsident oder Parlament Truppen mobilisieren und einsetzen

können soll.<sup>48</sup> Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form die Gesetzesinitiative im indonesischen Parlament verabschiedet wird. Derlei Initiativen stoßen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 in Indonesien schon deshalb kaum auf Kritik, weil mittlerweile wieder jeder erfolgreiche Kandidat der Unterstützung durch die TNI bedarf.<sup>49</sup> Gleichzeitig werten die GAM und ein Großteil der Acehnesen die andauernde Militäroperation als weiteren Beweis dafür, daß Sezession die einzige Option zur Lösung des Konflikts darstellt.

Eine Loslösung Acehs würde, verglichen mit der Unabhängigkeit Osttimors oder einer möglichen Sezession Papuas, die weitaus größte Herausforderung für die Sicherheit und Stabilität Indonesiens darstellen. Dabei geht es primär um die Verteilung politischer und wirtschaftlicher Macht innerhalb des Gesamtstaates. Ein unabhängiges Aceh, das anders als Osttimor und Papua als »genuin« indonesisches Territorium angesehen wird, würde Sezessionsbestrebungen in weiteren rohstoffreichen Provinzen fördern. Solche Bestrebungen gibt es vor allem im ebenfalls auf Sumatra gelegenen Riau, das über beträchtliche Ölvorkommen verfügt. Die Forderungen der dortigen Bevölkerungsmehrheit richten sich derzeit noch auf weitreichende Autonomie; ein Erfolg der GAM wäre jedoch ein unübersehbarer Präzedenzfall.<sup>50</sup> Darüber hinaus ist die auf Java konzentrierte verarbeitende Industrie von kostengünstigen Öl- und Gaslieferungen aus Provinzen wie Aceh und Riau abhängig. Sezession würde folglich zu schweren innenpolitischen Machtkämpfen führen, wobei auch ein Militärputsch nicht auszuschließen wäre.

Eine realistischere Option zur Stabilisierung von Aceh und zur Verbesserung der nationalen Stabilität bestünde daher schon angesichts des derzeitigen militärischen Patts<sup>51</sup> in der Umsetzung einer weit-

<sup>46</sup> Vgl. Indonesia's Territorial Integrity and the TNI's Role in Crushing Separatism, in: Tapol Online Bulletin (Jakarta), 8.10.2003, <[www.tapol.gn.apc.org](http://www.tapol.gn.apc.org)>.

<sup>47</sup> Vgl. Philipps J. *Vermont*, No Reason to Give Power Back to the Army, Jakarta: Centre for Strategic and International Studies, 28.10.2003, <[http://www.csis.or.id/tni\\_army.htm](http://www.csis.or.id/tni_army.htm)>.

<sup>48</sup> Vgl. Tapol Online Bulletin, Juni/Juli 2003, <[www.tapol.gn.apc.org/171-2soft.htm](http://www.tapol.gn.apc.org/171-2soft.htm)>.

<sup>49</sup> Vgl. Die Tageszeitung, 24.7.2003, S. 11.

<sup>50</sup> Vgl. *Huxley*, Disintegrating Indonesia? [wie Fn. 4], S. 47.

<sup>51</sup> Vgl. Anthony L. *Smith*, Indonesia's Aceh Problem: Measuring International and Domestic Costs, in: Asia-Pacific Security Studies, Honolulu: Asia-Pacific Centre for Security Studies, 2.5.2003, <<http://www.apcss.org/Publications/APSSS/Indonesias%20Aceh%20Problem.pdf>>.

reichenden Autonomieregelung.<sup>52</sup> Ziel einer solchen Politik wäre die Schwächung der Unabhängigkeitsbewegung durch eine Einbindung der Acehnesen in den bisher größtenteils von Jakarta kontrollierten Verwaltungsapparat. Dieses Ziel ist allerdings insofern kaum noch erreichbar, als das Militär mit seinem Vorgehen zu einer weiteren Entfremdung der Zivilbevölkerung beiträgt.

Das Mißtrauen der Acehnesen gegenüber der Zentralregierung ist nicht ausschließlich auf die Eskalationsstrategie der TNI zurückzuführen. Es beruht wesentlich auf dem Ausschluß weiterer Bevölkerungskreise von den Verhandlungen über Inhalt, Ziele und Implementierung des Autonomiestatuts. Bisher wurde nur eine kleine Elite, die in Jakarta oder in der Provinz selbst Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, in diesen Prozeß eingebunden. Zudem haben diejenigen Acehnesen, die sich für eine Autonomielösung einsetzen, durch die anhaltende Militäroffensive in der Bevölkerung einen Ansehensverlust erlitten.

Ein wichtiger Schlüssel zur Lösung des Konflikts besteht in der – im Autonomiestatut grundsätzlich vorgesehenen – gerechteren Aufteilung der Erlöse aus der Förderung von Öl und Gas. Allerdings soll die Zuteilung dieser Gelder nicht durch das Provinzparlament erfolgen, sondern durch die Regierung in Jakarta, die sich weiterhin durch Korruption und Intransparenz auszeichnet. Darüber hinaus wurde mit Exxon-Mobil der wichtigste Produzent ausgespart.<sup>53</sup>

Was die künftige administrative Autonomie der Provinz angeht, fehlt weiterhin eine eindeutige Kompetenzaufteilung. Im Gegensatz zu den Autonomiebestimmungen für andere Provinzen räumt das für Aceh vorgesehene Statut nicht den Bezirken, sondern der Provinzregierung eine dominierende Rolle ein. Diese setzt sich bisher aus von Jakarta eingesetzten Beamten zusammen und genießt daher wenig Legitimität. Ihr Ansehen wird zudem durch eine enge Zusammenarbeit mit den TNI untergraben. So unterstützte die Provinzregierung das Militär in dem Ansinnen, in Banda Aceh eine eigene Kommandostelle einzurichten. Ferner finden die Rechte von Minderheiten im Autonomiestatut keinerlei Erwähnung. Dies betrifft insbesondere die Bevölkerungsgruppen der Gayo und Alas im Süden der Provinz, aber auch zugewanderte,

sogenannte »Transmigranten« aus anderen Teilen Indonesiens.

Darüber hinaus ist auch die acehneseische Verwaltung von Korruption betroffen. So flossen allein zwischen Januar und Oktober 2003 etwa 654 Millionen US-Dollar aus den Budgets der Provinzregierung in lokale Entwicklungsprojekte, die entweder nur auf dem Papier existierten oder durch unlauteren Wettbewerb zustande gekommen waren. Im Zentrum der Kritik steht der von Jakarta eingesetzte Gouverneur Abdullah Puteh, der beschuldigt wird, mehrere Millionen US-Dollar in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben.<sup>54</sup>

Bei unzureichender Implementierung des Autonomiestatuts würde die GAM als einzige Interessenvertretung der Acehnesen weiter aufgewertet, Forderungen nach Unabhängigkeit genährt und eine politische Lösung des Konflikts letztlich unmöglich gemacht. Ohne eine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme bleibt die Provinz ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Heute ist Aceh von einer Lösung jedoch weit entfernt. So werden seit der Verhängung des Kriegsrechts im Mai 2003 nicht nur alle maßgeblichen politischen Entscheidungen von Militärs getroffen, sondern auch Rohstoff Erlöse direkt für die Durchführung militärischer Operationen verwendet.<sup>55</sup>

Schließlich ist auch für die Lage in Aceh der 11. September 2001 nicht folgenlos geblieben. Als säkular-sezessionistische Bewegung hat die GAM grundsätzlich kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit islamistischen Terroristen. Folglich existieren zwischen der Organisation und dem regionalen Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah (JI) keine operativen Verbindungen, und die amerikanische Regierung hat es abgelehnt, die GAM auf ihre Liste internationaler Terrororganisationen zu setzen. Trotzdem gibt es Wechselwirkungen zwischen dem Aceh-Konflikt und den Aktivitäten der JI, die zum Beispiel in der Unruheprovinz Waffen und Sprengstoff erworben hat. Diese gelangten wahlweise über die Inseln Singapur und Batam oder über Malaysia an ihren Bestimmungsort. Weiterhin gibt es Kontakte zwischen JI, MP-GAM-Dissidenten (s. oben) und den TNI, die ihren Ausdruck unter anderem 2000 in Anschlägen auf christliche Kirchen in Sumatra fanden. Die Anschläge wurden anscheinend mit Billigung von Armeemitgliedern durchgeführt, während die TNI-

<sup>52</sup> Natürlich beeinträchtigen unterschiedliche Autonomiestatute jedenfalls mittelfristig auch die Effizienz der Zentralregierung und die intraregionalen Beziehungen. Eine solche Entwicklung wäre aber als kleineres Übel in Kauf zu nehmen.

<sup>53</sup> Vgl. Can Autonomy Stem the Conflict?, Brüssel/Jakarta: International Crisis Group, 27.6.2001, S. 7f.

<sup>54</sup> Vgl. Far Eastern Economic Review, 9.10.2003, S. 20.

<sup>55</sup> Vgl. Aceh: How Not to Win Hearts and Minds, Brüssel/Jakarta: International Crisis Group, 23.7.2003, S. 2.

Führung die GAM verantwortlich machte.<sup>56</sup> Auch aus dieser Gemengelage gehen die Streitkräfte grundsätzlich gestärkt hervor, da sie das entstandene Sicherheitsdilemma für die Konsolidierung ihrer innenpolitischen Machtposition zu nutzen verstehen.

**56** Vgl. Indonesia Backgrounder: How the Jemaah Islamiyah Terrorist Network Operates, Jakarta/Brüssel: International Crisis Group, 11.12.2002, S. 6.

## Aceh und die Stabilität Südostasiens

Indonesien, das Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung, galt traditionell als der »interne Förderator« der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN), die spätestens seit dem Untergang des Suharto-Regimes mit eigenen, institutionellen Problemen konfrontiert ist. Auch in der weiteren Region haben sich Sezessionsbestrebungen seit der Ostasiatischen Krise von 1997/98 und insbesondere seit dem 11. September 2001 verschärft und mit nichtmilitärischen Risiken überlagert.<sup>57</sup> Die gewaltsame Loslösung Acehs von Jakarta könnte somit eine Kettenreaktion auslösen. Aus diesem Grund hat sich die ASEAN seit 2000 wiederholt zur territorialen Integrität Indonesiens bekannt.

Bisher halten sich die unmittelbaren Auswirkungen des Konflikts auf die Nachbarstaaten noch in Grenzen. Aceh liegt am nördlichen Zugang der Straße von Malakka, einer strategischen Verbindung zwischen Europa, der Golfregion und Ostasien (s. Karten im Anhang). Diese Meerenge ist ein Zentrum der in Südostasien ohnehin verbreiteten Piraterie. Das Londoner International Maritime Bureau (IMB) hat die GAM wiederholt verdächtigt, für Überfälle auf die zivile Schifffahrt verantwortlich zu sein.<sup>58</sup> Durch Entführung der Schiffsbesatzungen sollte anscheinend die Kriegskasse der Guerilla aufgebessert werden. Diesbezügliche Erkenntnisse sind jedoch ungesichert, da die Vorfälle bislang nicht von der indonesischen Regierung untersucht wurden. Das Sicherheitsrisiko in diesem Zusammenhang besteht allerdings nicht allein in privatwirtschaftlichen Verlusten. So würde etwa die Havarie eines Großtankers das Ökosystem der Region umfassend zerstören und den Schiffsverkehr für lange Zeit behindern.<sup>59</sup>

<sup>57</sup> So ließ sich etwa die Moro Islamic Liberation Front in den südlichen Philippinen von der Unabhängigkeit Osttimors inspirieren. Vgl. *Huxley*, Disintegrating Indonesia? [wie Fn. 4], S. 74ff.

<sup>58</sup> Dabei trugen die Piraten anscheinend GAM-Uniformen. Vgl. The Jakarta Post, 30.10.2002, <www.thekakartapost.com>.

<sup>59</sup> Vgl. Concern Grows as Pirates Attack Tankers, London: International Maritime Bureau, 5.11.2003, <www.iccwbo.org/news\_archives/2003/piracy\_oct\_2003.asp>; ebenso: Adam J. Young/Mark J. Valencia, Conflation of Piracy and Terrorism in

Weitere nichtmilitärische Risiken betreffen den illegalen Handel mit Waffen und Drogen und Migrationsbewegungen innerhalb der Region. Bisher gibt es zwar einige bilaterale Ansätze zur Bekämpfung solcher Gefahren, aber noch keine effektive gesamtregionale Kooperation.<sup>60</sup> Was den Waffenhandel angeht, ist Aceh allerdings in erster Linie Empfängerland und tritt allenfalls marginal als Zwischenhändler in Erscheinung.

Auch die von Malaysia befürchtete, regionale Flüchtlingswelle ist nach der jüngsten Eskalation in Aceh ausgeblieben. Die etwa 2500 Acehnesen, die seit Mai 2003 beim Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in Kuala Lumpur Asyl beantragen wollten, sollen von der malaysischen Regierung abgeschoben werden, soweit noch nicht geschehen<sup>61</sup> (Malaysia hat keines der internationalen Abkommen zum Schutz von Flüchtlingen unterzeichnet und erkennt Immigranten nicht als politisch Verfolgte an.) Die mit über einer Million weitaus größere Zahl indonesischer Wirtschaftsmigranten im Nachbarland hat zudem keinen direkten Bezug zum Aceh-Konflikt.<sup>62</sup>

In Aceh wird seit Generationen Cannabis angebaut und traditionell auf lokalen Märkten verkauft. Die GAM hat die Produktion seit 1996 erheblich gesteigert, um ihren Kampf unter anderem mit dem Vertrieb von Marihuana zu finanzieren.<sup>63</sup> Über relevante Exporte liegen bisher keine Informationen vor. Amphetamin-ausfuhren aus Java und Bali und diesbezügliche Querverbindungen zu terroristischen Organisationen

Southeast Asia: Rectitude and Utility, in: Contemporary Southeast Asia (Singapur), 25 (2003) 2, S. 269–283 (274ff).

<sup>60</sup> Vgl. David *Capie*, Sovereignty under Fire: Small Arms Smuggling in Southeast Asia, in: Panorama: Insights into Southeast Asian and European Affairs (Manila), 3 (2001) 1, S. 57–79.

<sup>61</sup> Vgl. Asia Times (Bangkok), 9.9.2003, <www.atimes.com>.

<sup>62</sup> Vgl. Joseph *Liow*, Malaysia's Illegal Indonesian Migrant Problem: In Search of Solutions, in: Contemporary Southeast Asia (Singapur), 25 (2003) 1, S. 44–64.

<sup>63</sup> Die Produktion von Cannabis stieg von 4012 Kilogramm im Jahre 1996 bis auf 61 669 Kilogramm im Jahre 2002. Vgl. Strategic Concept to Combat the Drugs Menace in Pursuit of a Drug-Free Indonesia, Jakarta: National Narcotics Board, 6.11.2003, <www.bknn.or.id/dokumen/AIPO\_Malakah.pdf>.

dürften regional und international von deutlich größerer Bedeutung sein.<sup>64</sup>

Die erneute Eskalation des Konflikts in Aceh bedeutete gleichzeitig Rückschläge für die 2002 initiierten Bemühungen der Bush-Administration um eine Wiederanknüpfung der (1999 infolge der Massaker in Osttimor ausgesetzten) militärischen Zusammenarbeit mit Indonesien als Teil der für Südostasien proklamierten »zweiten Anti-Terrorfront«. Unter anderem vor diesem Hintergrund<sup>65</sup> nahm der US-Senat 2003 bereits erteilte Zusagen für Ausbildungshilfen an die TNI wieder zurück. Washington konzentriert seine Aktivitäten seither auf eine Zusammenarbeit mit der indonesischen Polizei.<sup>66</sup>

**64** Vgl. David A. *Denny*, Terrorism, Drug Trafficking Inextricably Linked, US Experts Say, Botschaft der USA in Jakarta, 6.11.2003 <[http://jakarta.usembassy.gov/terrorism/drug\\_trafficking.html](http://jakarta.usembassy.gov/terrorism/drug_trafficking.html)>.

**65** Eine ebenso große Rolle spielten die zögerliche Ahndung von Menschenrechtsvergehen in Osttimor und der Mord an zwei Amerikanern durch TNI-Soldaten in Papua im August 2002.

**66** Vgl. Far Eastern Economic Review, 5.6.2003, S. 8.

## Territoriale Integrität versus Demokratie?

Der Konflikt um Aceh kann trotz des waffentechnischen und personellen Ungleichgewichts zwischen den Kämpfern der GAM und den indonesischen Sicherheitskräften militärisch nicht gelöst werden. Die Unterstützung der lokalen Bevölkerung für die Unabhängigkeitsbewegung hat auch nach dem Sturz des oppressiven Suharto-Regimes in dem Maße zugenommen, in dem das Militär den Konflikt zu Zwecken des innenpolitischen Machterhalts instrumentalisierte. Zwar hätte die GAM ihrerseits ein Autonomiestatut allenfalls als Vorstufe für ein Unabhängigkeits-Referendum akzeptiert. Ein solches Statut hätte jedoch die Mehrheit der Acehnesen bei adäquater Ausstattung und Implementierung für den Erhalt des Gesamtstaates gewinnen können, an dessen Befreiungskampf gegen die Niederlande Aceh prominent mitwirkte. Insofern ist das heutige Dilemma ein Reflex auf die zunehmende Reformunfähigkeit in Jakarta.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß diese Entwicklung ausgerechnet durch den indonesischen Demokratisierungsprozeß ausgelöst wurde. Solche Prozesse führen in der Regel zu einer gesamtstaatlichen Schwächung, weil überkommene Institutionen durch neue, unerprobte ersetzt werden müssen und sich gegebenenfalls zur Wehr setzen. Da der Zusammenbruch der alten Ordnung wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die von Korruption geprägten alten Institutionen mit den Herausforderungen der globalisierten Welt nicht mehr Schritt halten können, ist eine Rückkehr zum Autoritarismus kein Ausweg. Auch wenn eine Loslösung Acehs heute noch mit militärischen Mitteln zu verhindern wäre, würde dies ein immer repressiveres Eingreifen erfordern und damit immer entschiedeneren Widerstand erzeugen. Wie in anderen Bürgerkriegssituationen auch, besteht die einzige Hoffnung in einer beiderseitigen Ermüdung, aus der heraus dann allerdings zumindest glaubwürdigere Autonomieangebote gemacht werden müßten. Eine solche Entwicklung könnten und sollten auswärtige Geberländer fördern.

Eine Ermüdung bleibt unwahrscheinlich, solange die demokratisch-gewählten Regierungen in Jakarta ihre eigene Legitimierung mangels anderer Erfolge zunehmend nur noch aus der Wahrung der territorialen Integrität des Landes beziehen. Der in Gesamt-

indonesien lauter werdende Ruf nach einer »starken Hand«, der anscheinend mit wachsender Toleranz für ein politisches Comeback des Militärs einhergeht, steht in direktem Widerspruch zu den Bedürfnissen der Bevölkerung von Aceh.

Er steht allerdings langfristig mangels Fähigkeit zur Problemlösung auch in direktem Widerspruch zu den Bedürfnissen der indonesischen Bevölkerung. Der demokratische Prozeß mag langwierig und manchmal hoffnungslos erscheinen, er ist der einzige Ausweg aus einem Teufelskreis von nationalen Strukturproblemen und lokaler Unterdrückung. Insofern dient er der Stabilisierung Indonesiens und damit der – bisher nur marginal betroffenen – Gesamtregion. Auch nach dem Rückzug des Weltwährungsfonds Ende 2003 bleibt Jakarta von internationalen Gebern abhängig. Diese sollten die Abhängigkeit in erster Linie dafür nutzen, eine Rückkehr des indonesischen Militärs in die Politik zu verhindern. Um den Demokratisierungs- und Reformdruck aufrechtzuerhalten, ist eine von der EU, Japan und den USA langfristig abgestimmte Strategie notwendig. Derzeit liegt der Hauptakzent der EU-Strategie für Indonesien auf dem Gebiet von »good governance«.<sup>67</sup> Forciert werden sollte jedoch viel mehr als bisher eine Reform des gesamten Sicherheitsbereichs in Indonesien – eine Aufgabe, die von der EU bislang vernachlässigt und von der US-Regierung mit Verweis auf den Anti-Terrorkrieg in Südostasien sogar in Teilen blockiert wird. An einer langfristigen Reformstrategie mit sicherheitspolitischem Akzent müßte auch dann festgehalten werden, wenn sie dem eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kalkül kurzfristig widerspricht. Die äußerst verhaltene Reaktion der Bundesregierung auf den Einsatz von an Indonesien verkauften NVA-Kriegsschiffen bei der Offensive in Aceh<sup>68</sup> spricht eine andere Sprache. Die

<sup>67</sup> Vgl. Indonesia – Country Strategy Paper 2002–2006, Brüssel/Jakarta: European Union, 2002.

<sup>68</sup> Vgl. den Bericht des WDR-Fernsehmagazins Monitor (»Bürgerkrieg in Indonesien – deutsche Kriegsschiffe im Einsatz«) vom 19.6.2003. Das Manuskript des Berichtes kann unter <[www.wdr.de/tv/monitor/pdf/030619b\\_indonesien.pdf](http://www.wdr.de/tv/monitor/pdf/030619b_indonesien.pdf)> heruntergeladen werden.

Äußerung »großer Betroffenheit«<sup>69</sup> ist kein substantieller Beitrag zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen oder zur politischen Konfliktlösung. Dafür müßten die westlichen Staaten äußerstenfalls auch die Unabhängigkeit Acehs in Kauf nehmen – wenngleich dieses Szenario derzeit (noch) keine Aktualität besitzt. Bevor es dazu kommt, sollten dieselben Staaten versuchen, Indonesien und die GAM an den Verhandlungstisch zurückzubringen. Abhängig von der Machtkonstellation in Jakarta nach den Präsidentschaftswahlen 2004 und der dortigen Sensibilität für die ständig wachsenden Kosten des Krieges gegen die GAM, besteht die Chance, daß sich das Zeitfenster für einen (und sei es auch nur temporären) Kompromiß noch nicht völlig geschlossen hat. Vorbedingung für jegliche Lösung ist die Beendigung der indonesischen Militäroffensive in Aceh.

<sup>69</sup> Vgl. Joint Statement on Aceh by the EU, Japan and the US, 6.11.2003 <[www.usembassyjakarta.org/press\\_rel/aceh\\_jsc.html](http://www.usembassyjakarta.org/press_rel/aceh_jsc.html)>.

Anhang



## Karten

### Karte von Indonesien



Quelle: Kartensammlung der University of Texas Library,  
<[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/indonesia\\_adm\\_2002.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/indonesia_adm_2002.jpg)>, (18.11.2003).

## Abkürzungen

|       |   |        |   |
|-------|---|--------|---|
| ABRI  | Ankatan Bersentja Republik Indonesia<br>(Bewaffnete Streitkräfte der Republik Indonesien) | MP-GAM | Majlis Pemerintahan GAM<br>(GAM-Regierungsrat)  |
| ASEAN | Association of Southeast Asian Nations  | OPM    | Organisasi Papua Merdeka<br>(Organisation für ein Freies Papua)                       |
| ASNLF | Aceh Sumatra National Liberation Front<br>(Nationale Befreiungsfront Aceh Sumatra)        | POLRIS | Polis Republik Indonesia<br>(Nationale Polizei Indonesiens)                           |
| DOM   | Daerah Operasi Militer<br>(militärisches Operationsgebiet)                                | PULO   | Patani United Liberation Organisation<br>(Befreiungsorganisation Vereinigtes Patani)  |
| FMIA  | Front Mujahidin Islam Aceh<br>(Mujaheddin Front für ein islamisches Aceh)                 | SIRA   | Sentral Informasi Referendum Aceh<br>(Informationszentrum für ein Referendum in Aceh) |
| GAM   | Gerakan Aceh Merdeka<br>(Bewegung für ein freies Aceh)                                    | TNI    | Tentara Nasional Indonesia<br>(Nationale Streitkräfte Indonesiens)                    |
| IMB   | International Maritime Bureau   |        |   |
| JI    | Jemaah Islamiyah<br>(Islamische Gemeinschaft)   |        |   |
| MILF  | Moro Islamic Liberation Front<br>(Islamische Moro-Befreiungsfront)                        |        |   |

Karte von Aceh



Quelle: ABL Tours and Travel Ltd., <<http://baliwww.com/aceh/map.htm>> (18.11.2003).